

lak plakativ

Landesarmutskonferenz Berlin

Ausgabe 1/2015

Ab sofort, bitte!

Viele MigrantInnen in Berlin leiden unter Lohnwucher oder geraten in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Die lak fordert daher für alle Menschen am gleichen Ort den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Gerade auch bei Leiharbeit und Beschäftigungsverhältnissen bei Subunternehmen müssen faire Arbeitsbedingungen für alle geschaffen werden.

Dafür brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für alle ArbeitnehmerInnen in allen Branchen. Den hätte ich gerne - und zwar ab sofort, bitte

Ingrid Lühr, Sprecherin
FG Migration und Flüchtlinge



Foto: Ingrid Lühr

Gesetze fördern Arbeitsausbeutung

Leistungsausschlüsse zwingen EU-BürgerInnen in prekäre Lagen

Die prekären Lebenslagen vieler EU-BürgerInnen in Deutschland werden durch die im zweiten Sozialgesetzbuch festgeschriebenen Leistungsausschlüsse nicht nur verschlimmert, sondern zum Teil erst ermöglicht. Denn die aktuelle Rechtslage verwehrt den Betroffenen den Zugang zu existenzsichernden Maßnahmen und fördert so Arbeitsausbeutung und Lohnwucher.

Das von der Fachgruppe Migration mitorganisierte Fachgespräch *„EU-BürgerInnen und Arbeitsausbeutung“* fordert daher wirksame gesetzliche Grundlagen zum Schutz vor Ausbeutung und Diskriminierung.

Gelingt es UnionsbürgerInnen nicht auf Anhieb hier Arbeit und ein Auskommen zu finden, bleibt ihnen der Zugang zu existenzsichernden Maßnahmen verwehrt, und zwar egal ob sie bereits mittellos einreisen, oder sich deren Notlage erst in Deutschland verschlimmert. So geraten die Betroffenen häufig in extreme Armut und sehen sich gezwungen, auch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse anzunehmen.

„Die aktuelle Rechtslage fördert eine 2-Klassen-Arbeitnehmerschaft und widerspricht dem Unions- und

Verfassungsrecht“, sagt Ingrid Lühr, Sprecherin der lak-Fachgruppe Migration und Flüchtlinge. Um diesen Missstand zu beheben, gehört die Aufhebung des SGB II-Leistungsausschlusses für Arbeitssuchende zu den wichtigsten Forderungen der Teilnehmer des Fachgesprächs.

Darüber hinaus zählt die Einführung eines ausnahmslosen Mindestlohns zu den zentralen Punkten, die im Rahmen der Veranstaltung gefordert wurden. Auch in Deutschland sollte das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ gelten. Der seit Jahresbeginn gültige Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt. Ihm muss eine flächendeckende Generalunternehmer-Haftung für alle Branchen folgen.

Das Fachgespräch „EU-BürgerInnen und Arbeitsausbeutung“ fand am 13. Juni 2014 im Evangelischen Werk für Entwicklung und Diakonie e.V. statt und wurde gemeinsam von der Landesarmutskonferenz Berlin, dem Diakonischen Werk Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz und der Diakonie Deutschland organisiert.

Die aktuelle Dokumentation der Veranstaltung steht auf der [Internetseite der lak](#) zur Verfügung.

Die lak wächst

Neue Mitglieder aufgenommen

Der SprecherInnenrat hat die Aufnahme drei neuer lak-Mitglieder beschlossen.

„Wir freuen uns über die neuen Zugänge“, sagt Hermann Pfahler, „denn sie zeigen, dass der Kampf gegen Armut in Berlin nichts von seiner Bedeutung verloren hat“. Zu den neuen Mitgliedern zählt die Evangelische Hochschule Berlin, die Windlichter gGmbH und der Berliner Landesverband des Deutschen Bundesverbands für Soziale Arbeit (DBSH). Die Zahl der lak-Mitglieder steigt so auf insgesamt 63. „Damit sind wir so gut aufgestellt, wie noch nie“, so Pfahler.

BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Der britische Premier David Cameron droht laut Spiegel Online alkoholkranken, drogensüchtigen und zu dicken Menschen Teile der Sozialhilfe zu streichen. Sollten sie eine Behandlung ablehnen, würden sie nach seinen Vorstellungen die „Sickness Benefits“ nicht mehr erhalten. Wir sind gespannt, ob unsere Regierung solche Möglichkeiten der Einsparung öffentlicher Mittel als „best practice“ übernimmt.